



Presseschau vom 23.06.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

Tilo Gräser: Erich Honecker: International geachteter Politiker und Geächteter im eigenen Land

<https://sptnkne.ws/mHM8>

abends/nachts:

tass.ru: **Die zentrale Wahlkommission (ZWK) der Ukraine hat der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) die Registrierung ihrer Liste für die außerordentlichen Wahlen zur Obersten Rada verweigert**, die für den 21. Juli angesetzt sind. Diese Entscheidung wurde auf einer Sitzung der ZWK gefasst, die vom Bürgernetz „Opora“ in Facebook übertragen wurde.

Das ZWK erklärte, dass das Status, die Benennung und die Symbolik der Partei nicht dem Gesetz der Ukraine „Über die Verteilung der kommunistischen und nationalsozialistischen (nazistischen) totalitären Regime in der Ukraine und das Verbot der Propaganda ihrer Symbolik“ entspricht. Außerdem wurde auch dem offiziellen Vertreter der KPU in der ZWK Jewgenij Gerssimenko die Registrierung verweigert.

Auf der Sitzung der ZWK der Ukraine wurde unter anderem auch die Registrierung einer Reihe anderer politischer Parteien behandelt, von Kandidaten von Parteien sowie von von Einzelkandidaten für die außerordentlichen Wahlen zu Rada.

vormittags:

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen zweimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung (GZKK) mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Losowoje** und **Logwinowo**.

Geschossen wurde mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Kim erhält „ausgezeichneten“ persönlichen Brief von Trump**

Der nordkoreanische Staatschef Kim Jong Un hat nach Berichten der Staatsmedien einen „ausgezeichneten“ persönlichen Brief von US-Präsident Donald Trump erhalten.

Kim will den „interessanten Inhalt ernsthaft prüfen“, meldete die Nachrichtenagentur KCNA, ohne Details zu nennen. Auch wann und wie der Brief übermittelt wurde, war zunächst unklar. Dennoch begrüßte das Präsidialamt in Südkorea die Korrespondenz zwischen Trump und Kim als „positive Entwicklung“, die den Dialog zwischen beiden Ländern aufrechterhalten könne. Die Berichte über die Post aus den USA erfolgt zu einem in der Region als kritisch gesehenen Zeitpunkt. Die Verhandlungen Washingtons mit der kommunistischen Führung in Pjöngjang über ihr Atomwaffenprogramm sind seit dem gescheiterten Gipfeltreffen zwischen Kim und Trump im Februar in Vietnam festgefahren.

Trump, der mehrmals offen seine Wertschätzung für Kim geäußert hat, hofft weiterhin auf ein Einlenken des Staatscheft. Kim lobte den Berichten zufolge nach dem Lesen des Briefs aus Washington das politische Urteilsvermögen und den außerordentlichen Mut Trumps.

Südkoreanische Medien vermuteten, der Brief könne eine Antwort auf ein Schreiben Kims sein. Der US-Präsident hatte vor etwa zwei Wochen mitgeteilt, dass ihm Kim einen weiteren „schönen Brief“ geschrieben habe. Zum Inhalt äußerte sich Trump ebenfalls nicht. Auf die Frage nach einem möglichen weiteren Gipfel mit Kim sagte er lediglich, es könnte dazu kommen. Konkreter wurde er nicht.

Ein Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping am Donnerstag und Freitag in Nordkorea hatte Spekulationen in Südkorea verstärkt, wonach Kim und Trump bald wieder zusammenkommen könnten. Kim Jong Un und Xi Jinping hätten bei ihren bisherigen fünf Zusammenkünften seit dem vergangenen Jahr mit Blick auf „verschiedene Probleme“ Übereinstimmung erzielt, berichteten Nordkoreas Medien am Samstag. Xi hatte die Regierungen in Pjöngjang und den USA am Donnerstag zur Wiederaufnahme ihrer Verhandlungen aufgerufen. ...

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 22. Juni 3:00 Uhr bis 23. Juni 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 9. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Gorlowka (Siedlung des Isotow-Bergwerks), Donezker Flughafen, Leninskoje, Sachanka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde durch Beschuss der BFU auf die Siedlung des Isotow-Bergwerks in Gorlowka ein Mädchen, geb. 12.07.2005 am Knie verletzt. Die Verletzte wurde in das Gorlowker Stadtkrankenhaus Nr. 2 eingeliefert.

Außerdem wurden infolge von Beschuss mit Granatwerfern auf Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks) folgende Wohnhäuser beschädigt:

- Saranskaja-Straße 10 (Dach, Fensterverglasung, Wirtschaftsgebäude beschädigt);
- Saranskaja-Straße 8 (Wirtschaftsgebäude beschädigt).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 25.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 341.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **USA sollen Cyberangriffe gegen Iran ausgeführt haben – Medien**

Die USA haben Medienberichten zufolge vergangene Woche den Iran mit einem Cyberangriff ins Visier genommen. Es habe sich um eine Vergeltungsaktion gehandelt nach den jüngsten Attacken auf Öltanker, berichtete das Nachrichtenportal Yahoo News am Samstag unter Berufung auf frühere Geheimdienstvertreter.

Der Cyberangriff hat demnach am Donnerstag stattgefunden und ist von langer Hand vorbereitet gewesen. Die Zeitung „Washington Post“ berichtete, die Aktion habe das iranische Raketenabschussystem außer Kraft gesetzt. Eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums in Washington wollte sich dazu nicht äußern.

Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran hat sich zuletzt zugespitzt. US-Präsident Donald Trump stoppte nach eigener Darstellung kurzfristig einen Vergeltungsschlag nach dem Abschuss einer unbemannten US-Drohne. Der Streit über die Drohne folgte auf einen Angriff auf zwei Öltanker im Golf von Oman, für den die USA den Iran verantwortlich machen. Die Regierung in Teheran weist die Vorwürfe zurück.

US-Präsident Donald Trump hat zusätzliche Sanktionen gegen den Iran angekündigt und erklärt, dass er einen Angriff gegen Teheran nicht zurückgerufen hat. Der Iran soll daran gehindert werden, an Atomwaffen zu gelangen, erklärte der Republikaner am Samstag (Ortszeit). Gleichzeitig unterstrich Trump vor Journalisten in Washington, dass auch militärische Schritte nach wie vor als Option auf dem Tisch lägen. „Ich habe den Angriff gegen den Iran nicht „ZURÜCKGERUFEN“, wie falsch berichtet wird. Ich habe ihn nur zum damaligen Zeitpunkt gestoppt“, so Trump via Twitter in der Nacht zum Sonntag.

US-Außenminister Mike Pompeo signalisierte Bereitschaft zu Gesprächen mit der Islamischen Republik. Wenn der Iran auf Gewalt verzichte und sich auf die diplomatischen Bemühungen der USA einlassen wolle, „weiß er, wie er uns erreicht“, hieß es in einer Erklärung Pompeos.

Dnr-online.ru: **Mitteilung des Apparats der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR**

Gemäß operativen Informationen werden von der ukrainischen Seite 252 Menschen festgehalten, davon:

- 95 Menschen, deren Aufenthalt auf ukrainischem Territorium bestätigt ist;
- 157 Menschen, bei denen Informationen fehlen oder von der ukrainischen Seite noch ermittelt werden.

Auf der Liste der Vermissten befanden sich am 21. Juni 461 Menschen, möglicherweise befinden auch sie sich in ukrainischer Gefangenschaft.

deutsch.rt.com: **Russlands Zentralbank: Ausländische Banken bereit für russische**

SWIFT-Alternative

Russlands Alternative zum westlichen SWIFT-Zahlungssystem wird weiter entwickelt und gewinnt immer mehr neue Teilnehmer. Laut der Chefin der Zentralbank Russlands sind auch mehrere ausländische Banken bereit, sich dem Zahlungssystem anzuschließen.

Erste ausländische Banken planen eine Teilnahme am in Russland entwickelten Netzwerk zum Geldtransfer, das als Alternative zum traditionellen SWIFT-System dient. Dies erklärte die Chefin der Zentralbank Russlands Elwira Nabiullina. Auf der ersten EU-Russland-Studentenkonferenz am Samstag in Moskau sagte sie:

„Es ist offen für externe Verbindungen, wir entwickeln es für unsere Handelspartner, wenn sie beitreten wollen. Diese Arbeit ist bereits im Gange und Banken mehrerer Länder werden beitreten, Testverbindungen bestehen bereits. Wir glauben, dass es sich weiter entwickeln wird.“

Nach der Drohung, dass Russland vom international anerkannten SWIFT-System (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) getrennt werden könnte, begann Moskau bereits im Jahr 2014 mit der Arbeit an einem eigenen Zahlungsdienst, der unter dem Namen SPFS (System for Transfer of Financial Messages) bekannt ist.

Nabiullina teilte mit, dass das russische alternative Netzwerk die gleichen Standards wie SWIFT betreibt. So müssen diejenigen, die sich ihm anschließen, ihre internen Mechanismen nicht ändern. Darüber hinaus können nicht nur Banken, sondern auch große Unternehmen direkt beitreten. Laut der Zentralbankchefin haben einige dies bereits getan.

Inzwischen ist SPFS in Russland bereits im Einsatz. Mit ihm werden derzeit 18 Prozent der Geldtransfers durchgeführt. Die Banken können also wählen, welches System sie verwenden wollen. Im Falle von Risiken können sie „schnell wechseln“, so Nabiullina.

Anfang des Jahres kündigte die Zentralbank Russlands an, dass die Alternative zu SWIFT „erhebliche Fortschritte“ gemacht habe, da sie bereits internationalen Standards entspreche und ausländische Akteure in sie integriert werden könnten. Im April teilte die Regulierungsbehörde mit, dass sie Vereinbarungen mit zwei ausländischen Akteuren unterzeichnet habe und mit fünf weiteren Gespräche führe. Der Beitritt zum russischen Zahlungsnetzwerk ermöglicht es ausländischen Akteuren, westliche Sanktionen zu umgehen und mit russischen Unternehmen zusammenzuarbeiten, die von den Beschränkungen betroffen sind.

Im Inland haben sich bereits rund 500 Teilnehmer, darunter große russische Finanzinstitute und Unternehmen, dem SPFS-Netzwerk angeschlossen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2019.06/article/5d0b30e10d0403257d8b4568.jpg>

Kpu.ua: **Erklärung des Vorsitzenden der KPU Pjotr Simonenko**

Die Weigerung der Zentralen Wahlkommission, die Liste der Kommunistischen Partei der Ukraine für die Parlamentswahlen zu registrieren, bestätigt das, was die KP von Anfang an gesagt hat: Die Ablösung des Oligarchen Poroschenko auf dem Präsidentenstuhl durch Selenskij hat nicht zu einer Ablösung des im Ergebnis eines Staatsstreichs 2014 installierten und von den USA kontrollierten und gesteuerten Marionettenregimes von Oligarchen, Neonazisten und Kriminellen geführt und konnte dies auch nicht, es wurde nur mit leichter politischer Kosmetik „aufgefrischt“.

Trotz aller Erklärungen des neu erschienenen „Garanten der Verfassung“ über die Unzulässigkeit politischer Repressionen, die er schon vor der Inauguration abgegeben hat, über die bedingungslose Einhaltung der Rechte der Bürger auf freie Willensäußerung, wird die Verfassung wie auch die Normen des internationalen Rechts weiter auf grobe Weise geschmäht.

Die KP ist nicht verboten, möglicherweise weiß das der Präsident nicht, dem seine Berater und Bühnenkollegen das nicht mitgeteilt haben, aber dies weiß man sehr gut im Justizministerium, bei dem die KP registriert ist. Aber gerade das Justizministerium und der Minister Petrenko persönlich behindern seit fünf Jahren durch ihre kriminellen Entscheidungen, dass die KP an Wahlen teilnehmen kann, und er tut gemeinsam mit den Parteien des Krieges und den nazistischen Abgeordneten unter Leitung des Sprechers Parubij, die für das sogenannte Gesetz über die „Dekommunisierung“ gestimmt haben, alles, um den Menschen die Möglichkeit zu nehmen, ihre Stimmen für die abzugeben, die bereit sind die grundlegenden Interessen der arbeitenden Klassen zu verteidigen und nicht die des Häufleins Oligarchen, Nazisten und Banditen an der Regierung.

Die Verweigerung der Registrierung der Kandidaten der KPU ist eine weitere Verunglimpfung der Verfassung durch das Regime der Oligarchen und Nazisten und ein Angriff auf die Rechte von Millionen Bürgern der Ukraine, die unsere Ansichten teilen und bereit sind, bei den Wahlen für die Kandidaten der KPU zu stimmen, was diesem Regime nicht ungestraft durchgehen darf.

Am Montag, dem 24. Juni, beginnt die Sondersitzungsperiode von PACE in der ich, als Ehrenmitglied dieser Organisation, an der Arbeit teilnehmen werde und über die Situation mit den Rechten und Freiheiten des Menschen, die in der Ukraine nach den Präsidentschaftswahlen herrscht, berichten werde, insbesondere auch über die verfassungswidrige Nichtzulassung der KP zu den außerordentlichen Parlamentswahlen. Außerdem bereiten unsere Juristen eine Klage an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu dieser Frage vor. Ich erinnere daran, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bereits ein Verfahren bezüglich der Verletzung der Bürgerrechte auf freie Willensäußerung im Zusammenhang mit der gesetzeswidrigen Nichtzulassung und Verweigerung der Registrierung des Kandidaten der KPU zu den Präsidentschaftswahlen 2019 eröffnet hat.

Wir ergeben uns nicht und setzen den Kampf für das Recht und die Möglichkeit der Werktätigen der Ukraine, für die, die im Parlament ihre Interessen verteidigen werden, zu stimmen und nicht für die „Wölfe im Schafspelz“, indem sie das vermeintliche „kleinere Übel“ wählen.

de.sputniknews.com: **Kritisches Gasdefizit: Ukrainische Energietransportfirma warnt vor Notfall**

Der Betreiber des ukrainischen Gasfernleitungsnetzes „Ukrtransgaz“ hat einen kritischen Gasmangel in seinen Speichern gemeldet. Die entsprechende Erklärung wurde auf der Webseite des Unternehmens veröffentlicht.

Demnach belaufen sich die Gasreserven in den unterirdischen Lagern des Unternehmens auf 152 Millionen Kubikmeter, der monatliche Bedarf an Brenngas beträgt 240 Millionen

Kubikmeter.

Während der gesamten Sommerperiode würde „Ukrtransgaz“ für „den Betrieb der Ausrüstung, die Deckung des Eigenbedarfs und die Ausbalancierung des Systems“ 720 Millionen Kubikmeter Gas benötigen.

In diesem Zusammenhang warnte das Unternehmen vor der Gefahr einer Notsituation auf nationaler Ebene.

„Ukrtransgaz“ erklärte auch, dass kein einziger Lieferant einen Antrag für die Zustellung von 880 Millionen Kubikmeter Gas zwischen Juli und Dezember eingereicht hatte.

Dies sei auf die hohe Verschuldung des Unternehmens bei früheren Lieferanten zurückzuführen, die sich bereits auf 4,1 Milliarden Hrywnja (über 137 Millionen Euro) belaufe.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32529/46/325294639.jpg>

nachmittags:

deutsch.rt.com: **Weißrussland: Gedenkveranstaltung am 78. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion**

Zahlreiche Schauspieler stellten am Samstag Szenen aus der Verteidigung der Festung von Brest in der weißrussischen Stadt nach, um den Tag des Gedenkens und der Trauer anlässlich des 78. Jahrestages des Angriffes von Nazi-Deutschland auf die Sowjetunion zu begehen.

Die militärische und historische Nachstellung „22. Juni –Festung von Brest“ zeigte wichtige Episoden der Verteidigung der Brester Festung, einem Symbol des sowjetischen Widerstands gegen die Nazis.

An der Veranstaltung nahmen unter anderem Mitglieder militärhistorischer Vereine aus Weißrussland, Russland, der Ukraine, Lettland, Litauen, Polen und der Tschechischen Republik teil.

Vor der Darstellung fand im Gedenkkomplex „Helden der Brest-Festung“ eine Gedenkfeier statt.

Der Tag der Erinnerung und der Trauer ist ein in Russland, Weißrussland und der Ukraine alljährlich am 22. Juni stattfindender, nicht arbeitsfreier Gedenktag.

An diesem Tag gehen Familien in stillem Gedenken an die Kriegstoten auf die Friedhöfe, und es werden Kerzen entzündet. Kerzen des Gedenkens werden auch im öffentlichen Raum aufgestellt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2019.06/article/5d0f60180d040317668b4567.png>

<iframe width="811" height="456" src="https://www.youtube.com/embed/L1XbWlgoRoE" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/L1XbWlgoRoE>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 23.06.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **neunmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von sechs Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 53. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Poljakow die Gebiete von **Dolomitnoje** und der **Siedlung des Isotow-Bergwerks** mit Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 35. und 93. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Palas und Bryshinskij **Dokutschajewsk** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Banditen der 36. Brigade unter Kommando des Verbrechers Gnatow **Leninskoje** und **Sachanka** mit 82mm-Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner 24 Mörsergeschosse, davon 10 des Kalibers 120mm auf das Territorium unserer Republik abgefeuert.

Außerdem haben Kämpfer von Guds aus der 24. Brigade heute Morgen mit Handgranatwerfern auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** geschossen. Dabei wurden zwei Häuser in der Saranskaja-Straße 8 und 10 beschädigt.

Alle Fälle von Beschuss von Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die ukrainischen Kriegsverbrecher übergeben.

Der Kommandeur der 53. Bande Poljakow hat in Ausführung des Befehls des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Chomtschank über eigenständige Entscheidungen zur Eröffnung des Feuers gestern den ihm anvertrauten Kämpfer befohlen, eine **Einschüchterungsaktion gegenüber den Einwohnern der frontnahen Gebiete von Gorlowka** durchzuführen. Infolge zielgerichteten Beschusses durch die ukrainischen Strafruppen auf die Siedlung des Isotow-Bergwerks erlitt ein 13 Jahre altes Mädchen eine

Splitterverletzung am Bein. Die Verletzte wurde operativ in das Stadtkrankenhaus Nr. 2 gebracht.

Dieser Vorfall hat die Liste der Verbrechen der Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung der Republik ergänzt, deren zielgerichtete Beschüsse in den letzten zwei Tagen schon zur Verletzung eines Einwohners von Wesjoloje und zur Beschädigung von sieben Häusern in Leninskoje geführt haben, wo die Strafruppen Brandgeschosse eingesetzt haben.

Die Materialien zu Verbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung wurden der Strafsache hinzugefügt, um sie in der Folge späteran den Haager Gerichtshof zu übergeben.

Wir wenden uns an die internationalen Organisationen mit der Bitte dabei zu helfen, den obersten Kommandeur der Ukraine an sein Streben zum Frieden im Donbass zu erinnern, dank dessen das Volk der Ukraine ihn zum Präsidenten gewählt hat.

Das Kommando der OOS ist so um die Frage der Verhinderung von Frieden im Donbass besorgt, so dass es die Notwendigkeit der Ausbildung seines Personals im vordersten Bereich vergessen hat. Das niedrige Niveau der technischen Ausbildung in den Einheiten der OOS führt täglich zu Tod und Verletzung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, weil sie auf ihre eigenen Minen geraten.

Diese Woche ist keine Ausnahme, So konnten Soldaten der 24. mechanisierten Brigade nicht ohne Verluste zu ihrem Beobachtungsposten im Gebiet von Jelenowka gelangen und gerieten auf eigene Minen.

Der weit verbreitete Charakter solcher Vorfälle ist eine der Hauptursachen für den Unwillen der ukrainischen Soldaten, den Dienst in der OOS-Zone fortzusetzen und die täglichen Versuche des Kommandos der OOS, die wahre Zahl der Verluste zu verheimlichen, übt Einfluss auf den moralisch-psychischen Zustand der Soldaten aus.

Nach Informationen aus dem Stab der OOS hat der militärische Rechtsordnungsdienst der Ukraine eine unerfreuliche Bilanz einer anonymen Befragung unter Soldaten der 35.

Marineinfanteriebrigade gezogen, gemäß der 63% des Personals sich weigern, Kampfaufgaben an der Kontaktlinie durchführen und dies mit der Furcht, auf eigenen Minenfeldern zu sterben, begründen.

Außerdem hat der militärische Rechtsordnungsdienst 180 wehrpflichtige Soldaten entdeckt, die gesetzwidrig in die OOS-Zone geschickt wurden und die Aufgaben an der Kontaktlinie und die ihnen dafür zustehenden zusätzlichen Zahlungen verweigern.

de.sputniknews.com: **Zwei Kinderopfer bei Minenexplosion in Syrien**

Bei einer Minenexplosion in der nordöstlichen syrischen Provinz al-Hasaka ist ein Kind getötet und ein weiteres verletzt worden, wie die Zeitung „Al-Watan“ am Sonntag berichtet. Das Todesopfer soll zehn Jahre alt sein. Bei dem Verletzten handelt es sich um einen Achtjährigen. Dem Bericht zufolge haben die Kämpfer des „Islamischen Staates“ die Landmine in der Nähe des Dorfes Abu Kasaib gelegt.

Derartige Vorfälle sind keine Seltenheit in Syrien: Bei dem Rückzug aus den früher besetzten Gebieten hinterlassen die Terroristen oft Sprengsätze in Wohngebäuden.

Erst Anfang Juni wurden laut örtlichen Medien bei einer Detonation in der Stadt Raqqa im Norden des Landes mindestens zehn Menschen getötet.

Der bewaffnete Konflikt in Syrien dauert seit 2011 an. Ende 2017 wurde der Sieg über die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (auch IS/Daesh) in Syrien und im Irak verkündet. In einigen Regionen dieser Länder dauern noch Kämpfe gegen die Terroristen an. Die größte Aufmerksamkeit wird gegenwärtig der politischen Regelung, dem Wiederaufbau Syriens und der Rückkehr von Flüchtlingen zuteil.

mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **zweimal das Regime der Feueinstellung mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen verletzt**.

In **Richtung Debalzewo** wurden auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade des Verbrechers Garas **Logwinowo** und **Losowoje** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Die Fälle von Beschuss der Ortschaften sind dokumentiert die Materialien wurden an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen den Kommandeur der 30. Brigade der ukrainischen Streitkräfte übergeben.

Wir erhalten weiter **Informationen, dass die Kommandeure von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte Verbrechen verheimlichen**, die vom Personal in der „OOS“-Zone begangen wurden.

In einer der Einheiten des 24. Sturmbataillons „Adjar“ hat ein Unteroffizier einer Kompanie in betrunkenem Zustand einen Militärsanitäter geschlagen, den man, um eine Öffentlichkeit zu vermeiden, mit zahlreichen Blutergüssen und einem gebrochenen Kiefer in einem Nebengebäude der Kompanie festhält.

Die Angehörigen des geschlagenen Soldaten, die von seinen Kameraden von dem Sachverhalt erfahren haben, haben sich an den militärischen Rechtsordnungsdienst der ukrainischen Streitkräfte und Rechtsschutzorganisationen mit der Forderung gewandt, eine sorgfältige Untersuchung des Geschehens durchzuführen.

Außerdem haben am 20. Juni vier Soldaten aus diesem Bataillon eigenmächtig die Personen an der ersten Verteidigungslinie verlassen, zwei davon mit Waffen AK Nr. 6745890, AK Nr. 1134894.

Inzwischen sind zwei Soldaten von der Polizei in Schumy festgenommen worden, die Suche nach den bewaffneten Flüchtlingen geht weiter.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen, dass Beobachter der OSZE-Mission Waffen der ukrainischen Streitkräfte im Verantwortungsbereich der 25. Brigade feststellen, hat das Kommando des Verbandes die Durchführung von Maßnahmen zur **Ausrüstung von Unterständen zur Tarnung von verbotener Technik**, die in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern stationiert ist, aktiviert, um deren Identifizierung durch OSZE-Mitarbeiter zu verhindern.

Wir erhalten weiter **Informationen über Verbrechen, die von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der „OOS“-Zone begangen werden**.

In Popasnaja haben zwei Soldaten der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in betrunkenem Zustand einen Raubüberfall auf einen Rentner verübt und sein Mobiltelefon und Geld an sich genommen.

Die Polizei hat die Anzeige über den Raub nicht angenommen und sich dabei auf eine Anweisung des Leiters der Abteilung berufen, Mitteilungen über Verbrechen, die von Soldaten begangen wurden, nicht ohne Abstimmung dem Brigadekommandeur Majstrenko, zu berücksichtigen.

de.sputniknews.com: **Putin und Internet: Wie ist das Verhältnis? Kremlsprecher klärt auf**
Dem russischen Präsidenten wird eine große Internet-Skepsis nachgesagt – angeblich ist er kaum im Netz. Doch laut Kremlsprecher Dmitri Peskow ist dem nicht so: Wladimir Putin bleibe stets am Puls der Zeit und sei sich bewusst, dass das Internet ein Bestandteil des heutigen Lebens sei.

„Er benutzt das Internet. Ich glaube nicht, dass er sich Videoblogs anschaut. Dafür hat er einfach keine Zeit“, verriet Peskow in einem Interview für den Sender „Rossiya 1“.

Im Gegensatz zu Jugendlichen oder der sogenannten Generation Z lebe Putin aber nicht im Internet.

Jedoch sei sich der Staatschef bewusst, dass die Jugend ihre eigenen Probleme habe und man

mit ihnen sprechen müsse. Daher sei auch die Nutzung des Internets wichtig. „Putin bleibt stets am Ball und nimmt auch neue Formate auf“, fügte Peskow hinzu. Der russische Staatschef führt bekanntlich keine Profile in den sozialen Netzwerken, die er in einem Gespräch als „sehr zweifelhafte“ Informationsquellen bezeichnete.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32529/78/325297829.jpg>

de.sputniknews.com: **Krise in Europarat: Viele Staaten unterstützen Resolution zu Russlands Rückkehr in PACE**

Zwischen Russland und dem Europarat herrscht seit Jahren Eiszeit. Nun zeichnet sich für Moskau eine positive Entwicklung ab: Viele Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung befürworten laut dem Leiter einer Abgeordnetengruppe, Tiny Kox, eine Resolution, die die Teilnahme Russlands an der Gremiumssitzung in Juni ermöglichen soll.

Die Abstimmung über den entsprechenden Entwurf, den die belgische Abgeordnete Petra de Sutter vorbereitet hat, soll am Montag stattfinden. In der Sitzung sollen auch der neue Generalsekretär des Europarates sowie Richter des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes (EGMR) gewählt werden.

Der Vorschlag von de Sutter verstoße nicht gegen die früheren Entscheidungen der Versammlung, betonte Kox. Er erinnerte zudem an einen PACE-Bericht von April, in dem Russland erstmals seit 2014 vorgeschlagen wurde, eine Delegation zur Teilnahme an der Sitzung zu bilden.

Der Chef der russischen Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, erklärte vergangene Woche, für die Teilnahme sei es notwendig, dass die Resolution im Volltext „ohne Ausnahmen“ angenommen werde.

Der Streit über die russische Mitgliedschaft läuft schon seit fünf Jahren. Nach der Aufnahme der Schwarzmeer-Halbinsel Krim in den Staatsverband Russlands 2014 hatte der Europarat Sanktionen gegen Moskau verhängt. Der russischen Delegation wurde unter anderem das Stimmrecht entzogen. Als Reaktion darauf beschloss Russland, keine Delegation mehr zu entsenden. Im Juni 2017 stellte Moskau die Zahlung seiner Mitgliedsbeiträge an den Europarat ein.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32465/57/324655784.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Bolton wollte Trump zu Krieg gegen Teheran bewegen – Irans Außenminister**

Es gibt laut dem iranischen Außenminister Dschawad Sarif Beweise dafür, dass US-Sicherheitsberater John Bolton den Präsidenten Donald Trump in einen bewaffneten Konflikt mit der islamischen Republik hineinziehen wollte.

Sarif veröffentlichte am Sonntag auf Twitter eine Karte zu dem Vorfall mit der am Donnerstag abgeschossenen US-Drohne und schrieb, dass eine weitere Aufklärungsdrohne vom Typ MQ9 Reaper bereits Ende Mai in den iranischen Luftraum eingedrungen sei. Dies zeige, dass „das B-Team (gemeint ist das Team von US-Sicherheitsberater John Bolton – Anm. d. Red.) nur wenige Sekunden davor stand, Trump in einen Krieg hineinzuziehen“.

Dass es nicht dazu gekommen sei, habe man der Vernunft zu verdanken. „Aber der wirtschaftliche Terrorismus führt zu Spannungen“, warnte der Außenminister. ...